### Inhalt

### 4 Thema

Starke Stadtregion. Projektsteuerung empfiehlt Fusion.

### 7 Aktuell

Arbeits- und Gefahrenzonen: Anpassung an aktuelle Herausforderungen.

Verlustscheinbewirtschaftung. Es fehlen 50 Millionen.

akku. Die Werkzwerge von der Gerliswilstrasse 23.

175 Jahre Feuerwehr Emmen. Mutige Männer mit roten Autos.

## 12 Amtliche Mitteilungen / Nachrichten

### 14 Einwohnerrat

Grusswort Einwohnerratspräsident Protokoll Einwohnerrat Ökotipp

### 16 Veranstaltungen

### 19 Emmen Schule

Die Ferien aktiv geniessen. SoSpoWo 2011.

Sommerlager Zuoz. 10.-16. Juli 2011

Anerkennungspreis für das Schulhaus Rüeggisingen

100 Jahre Krauer. Das zweitälteste Schulhaus der Gemeinde Emmen feiert Jubiläum.

Startklar. Unterstützung für Jugendliche beim Einstieg ins Berufsleben.

Mehrsprachig aufwachsen

Begabungsförderung

### 28 Aktuell Betagtenzentren

Lehrstellen im Betagtenzentrum. Attraktiv und gefragt.

Kunstausstellung «Farbe ist Leben»

### 30 Kultur/Vereine

Trendsport Schwingen. Wer wird der nächste Kilian Wenger?

Neuer Sozialberatungsdienst der Emmer Pfarreien

# 32 Kopf des Monats

Walter Hess, CEO Swiss Steel

# Impressum

Herausgeber Gemeindeverwaltung Emmen, 6020 Emmenbrücke Internet www.emmen.ch

Redaktionsverantwortlicher Walter Bucher Redaktionsmitglieder Brigitte Brugger, Claudio Fenner, Hans Gantenbein, André Gassmann, Dr. Jann Gruber, Heidi Krauer, Dr. Thomas Willi

Gestaltung hellermeier, Emmenbrücke Druck beagdruck, Emmenbrücke EMMENMAIL erscheint 9 x jährlich



# Grusswort des Gemeinderates

Liebe Emmerinnen und Emmer

Hätten die Leute der Talschaften Uri, Schwyz und Unterwalden im Jahr 1291 darauf verzichtet, sich eine gemeinsame Ordnung zu geben und damit den Ursprung der Eidgenossenschaft zu setzen, wenn sie gewusst hätten, dass sie im Jahr 1515 die Schlacht bei Marignano verlieren würden?

Meine Antwort auf diese hypothetische Frage lautet: Sie hätten diesen Schritt dennoch getan, weil es aus der damaligen Beurteilung geboten war, die Kräfte zu bündeln und die Zukunft gemeinsam anzugehen. Der Bundesbrief von 1291 war keine Einschränkung der Selbstständigkeit, sondern eine Grundvoraussetzung, um die Freiheit und Selbstbestimmung zu erhalten. Wenn wir uns in den nächsten Monaten daran machen, zu diskutieren und zu entscheiden, ob die Gemeinde Emmen das Projekt einer Fusion mit der Stadt Luzern und anderen Agglomerationsgemeinden weiterverfolgen soll, geht es letztlich auch darum, sich für eine grosse Idee auszusprechen und eine Chance zu packen, ohne dass der Erfolg für alle Zukunft voraussehbar und garantiert wäre. Immerhin kennen wir die Lagebeurteilung und wissen seit Jahren, dass die Agglomerationsgemeinden in den wesentlichen Fragen der Siedlungs-, Verkehrs-, Wirtschaftsund Steuerpolitik besser zusammenarbeiten müssten. In den heutigen Strukturen wird das Potenzial der Stadtregion Luzern nämlich nicht optimal ausgeschöpft. Der Schlussbericht zur Abklärungsphase im Projekt «Starke Stadtregion Luzern» zeigt die Möglichkeiten einer Optimierung der heutigen Strukturen auf und empfiehlt die Fusion der Gemeinden. Die Leute, welche sich für diese Vision einer ganzheitlich organisierten und handelnden Stadtregion begeistern lassen, kennen nicht alle Risiken, welche die Zukunft bringen kann. Aber auch wer Veränderungen ablehnt, hat keine Gewähr, dass es so bleibt, wie es ist. Einen grossen Schritt kann auch machen, wer akzeptiert, dass sich die heutigen und künftigen Aufgaben gemeinsam mit anderen besser lösen lassen, und den Willen zur Gestaltung hat. Im Grunde braucht es nicht mehr.

Wie bei den alten Eidgenossen von 1291!

Thomas Willi Gemeindepräsident

# Projektsteuerung empfiehlt die Fusion

Im Projekt Starke Stadtregion Luzern hat die Projektsteuerung den Schlussbericht über die Abklärungen der zwei Szenarien «Verstärkte Kooperation» und «Fusion» vorgestellt und empfiehlt die «Fusion» zur Weiterverfolgung. Mit einer Fusion könne die Stadtregion mit einheitlicher Stimme auftreten und deren Wettbewerbsfähigkeit besser gestärkt werden.

Eine verbesserte Koordination zwischen der Stadt und den Gemeinden Adligenswil, Ebikon, Emmen und Kriens werde sowohl im Szenario «Verstärkte Kooperation» wie im Szenario «Fusion» erzielt, heisst es im Schlussbericht. Eine Fusion ermögliche es jedoch, für die gesamte Stadtregion aus einer Hand zu planen und zu entscheiden. «Damit lassen sich bessere Lösungen erzielen: bei der Raumentwicklung, der Verkehrs- und Siedlungsplanung, der Wirtschaftsförderung, beim Heim- und Spitexbereich sowie bei den Sportinfrastrukturen. Insgesamt resultiert daraus für die Bevölkerung des gesamten Kantons ein Mehrwert.» Denn die Stadtregion Luzern stehe vor grossen Herausforderungen: Sie müsse sich im Konkurrenzkampf der Zentren behaupten und bei der starken Steuerkonkurrenz der umliegenden Kantone mithalten.



Mit dem Szenario «Fusion» könne die ursprüngliche Vision, die Aufgaben der Stadtregion effizient, haushälterisch und nachhaltig zu lösen, besser umgesetzt werden.

### Attraktivität erhalten und Steuern auf 1,75 Einheiten senken

Die Projektsteuerung konkretisiert ihre Empfehlung, die Fusion weiterzuverfolgen, mit einer Reihe von Vorschlägen für



Der Schlussbericht liegt vor, eine Empfehlung der Steuergruppe auch. Jetzt beginnt der Meinungsbildungsprozess. Eine erste Einschätzung und das weitere Vorgehen im Gespräch mit Gemeindepräsident Thomas Willi.

Thomas Willi, was erwartete die Steuergruppe konkret von diesem Schlussbericht?

Der Auftrag an die Projektleitung hiess, die beiden Szenarien «Verstärkte Koope-

ration» und «Fusion» in einem Kontext von fünf Gemeinden, Luzern, Emmen, Kriens, Ebikon und Adligenswil, zu beschreiben. Die Herausforderung war, gültige Aussagen in dieser komplexen Ausgangslage zu machen. Unsere Erwartungen an diesen Bericht sind erfüllt. Die Komplexität wurde in der notwenigen Tiefe bearbeitet. Der Bericht verliert sich umgekehrt auch nicht in Details.

Die Aussagen waren offenbar so überzeugend, dass die Steuergruppe eine klare Empfehlung abgeben konnte, nämlich das Szenario «Fusion» weiterzuverfolgen. Sind Sie überrascht vom Ergebnis?

Das Ergebnis ist aus zwei Gründen nicht überraschend: Die Empfehlung liegt in einer Reihe von älteren Berichten und Gut-

achten. Dieser Bericht bestätigt frühere Aussagen. Schliesslich wurde im Bereich Kooperation schon sehr viel umgesetzt, das Modell der Kooperation, das im Bericht näher untersucht wurde, bringt mehr Nach- als Vorteile.

# Welches ist der Unterschied zu früheren

Sowohl der Grundlagenbericht von Basler & Partner aus dem Jahr 2007 wie auch später der Prognos-Bericht haben eine Fusion vorgeschlagen. Jetzt auch der Schlussbericht. Dieser unterscheidet sich von den früheren insofern, als er nicht nur allgemeine Aussagen macht, sondern konkret diese fünf Gemeinden untersucht. Das ist eine neue Dimension und gibt eine neue Klarheit.

Ist es für Sie überraschend, dass das Szenario «Verstärkte Kooperation» so viel schlechter abschneidet, dass man es in der künftigen Diskussion vernachlässigen

Ja, das überrascht mich schon, aber das Ergebnis ist für mich aus fachlicher Sicht nachvollziehbar. Delegiert man wenig an diesen Kooperationsverband, dann bringt

das keinen Gewinn und schafft Doppelspurigkeiten. Delegiert man viele Kompetenzen, dann ist man sehr nahe an einer Fusion. Der demokratische Prozess wäre in einer starken Kooperation aber sehr schwierig. So gesehen ist die Fusion klarer und konsequenter.

Wie haben Sie den Prozess persönlich erlebt? Sie sind seit fünf Jahren Gemeindepräsident und in dieser Funktion seit drei Jahren in der Projektsteuerung der Stadtregion.

Ich ging offen in diesen Prozess. Immer mit dem Fokus: Wir wollen aus diesem Prozess das Bestmögliche für unsere Gemeinde, für die gesamte Region und letztlich auch für den Kanton herausholen. Ergebnis und Empfehlung des Schlussberichtes überzeugen mich und ich kann sie als Mitglied der Steuerungsgruppe mittragen. Ich werde die Empfehlung in den Gemeinderat hineintragen. In diesem Gremium hatten wir bereits verschiedene Aussprachen zum Thema.

Sie vertreten die Meinung der Projektsteuerung und lassen zugleich durchschimmern, dass es auch Ihre persönliche Überzeugung ist. Die Gegnerschaft könnte Ihnen die Verletzung des Kollegialitätsprinzips vorhalten. Als Mitglied und Sprecher der Projektsteuerung wird mir die Haltung und Empfehlung der Projektsteuerung zugeordnet. Ich kann mich nicht dahinter verstecken. Falls der Gemeinderat eine andere Meinung haben



den weiteren Abklärungsprozess. Danach schafft die neue Stadtgemeinde einen einheitlichen Wirtschafts- und Arbeitsraum. Die Standortattraktivität wird mit Angeboten in Kultur, Sport, Freizeit und Kinderbetreuung unterstützt.

Ein besonderes Augenmerk wird auf den Umgang mit der einmaligen Landschaft in der Stadtregion gelegt, indem grüne Zonen als Naherholungs- und Landwirtschaftsgebiete erhalten bleiben sollen. Die erweiterte Nutzung des Flugplatzes Emmen wird abgelehnt.

Für die Aufgabengebiete wie Einwohnerdienste, Steuerverwaltung, Sozialamt usw. werden dezentrale Kundenschalter bestehen. Die Quartier- und Stadtteilpolitik soll verstärkt werden, damit die Identifikation der Bevölkerung mit der «neuen Stadt» gestärkt und die Vielfalt innerhalb des fusionierten Stadtgebiets gefördert werden können. Für die neue Stadt gilt der tiefste Steuerfuss der involvierten Gemeinden (2010: Luzern mit 1,75 E.). Dies führt zu Steuersenkungen für die Gemeinden mit Ausnahme der Stadt Luzern.

### Bericht der Projektsteuerung

Der vorliegende Bericht ist der Bericht der Projektsteuerung, d.h. der Präsidentinnen und Präsidenten der fünf Gemeinwesen. Er basiert auf den Ergebnissen der Fachgruppen, die Grundlagen unter der Führung einer externen Projektleitung erarbeitet haben. Die Projektsteuerung hat diese Ergebnisse analysiert und politisch gewichtet. Darin berücksichtigt sind auch die Resultate der Diskussionen aus den Echoräumen und Foren.

Im nächsten Schritt wird der Bericht vom Gemeinderat der beteiligten Gemeinden analysiert und beurteilt. Dieser wird bis Juli 2011 eine Empfehlung aus Sicht der Gemeinde für die Abstimmung vom 27. November 2011 abgeben.

Kommunikation Stadtregion / walter.bucher@emmen.ch

sollte, werde ich mich selbstverständlich dieser unterordnen. Ich denke aber, man müsste in diesem speziellen Fall mit dem Kollegialitätsprinzip unverkrampft umgehen. Sonst ist das, was ich vertreten muss, nicht glaubwürdig.

## Die Gegnerschaft einer Fusion hat sich bereits formiert und diese unterstellt Ihnen den «Fusionsturbo». Wollten Sie gar nie was anderes als eine Fusion?

Ich bekam einen Auftrag von der Bevölkerung, mich für unsere Gemeinde einzusetzen. Das habe ich nach bestem Wissen und Gewissen getan, auch in diesem Projekt. Ich habe schon immer kommuniziert, dass ich offen an die Fusionsfrage herantrete. Heute, angelangt bei einem weiteren Meilenstein in diesem Prozess, bin ich überzeugt vom Weg, der jetzt in Richtung Fusion eingeschlagen werden soll. Diese Überzeugung korrespondiert mit den Erfahrungen, die ich als Präsident dieser Gemeinde gemacht habe: dass wir nicht stehen bleiben dürfen, sondern in einen Veränderungsprozess steigen und Chancen, die sich bieten, packen müssen.

## Wie kamen Sie zu dieser Überzeugung?

Wir haben in Emmen äusserst angespannte finanzielle Verhältnisse. Und ich sehe für die nächsten Jahre keine Möglichkeit, mit eigener Kraft unser Potenzial zu nutzen. Diese Problematik ist in der ganzen Stadtregion ähnlich. Wir haben gemeinsame

Aufgaben und gemeinsame Probleme. Für diese müssen wir gemeinsame Lösungen suchen. Diese Erkenntnis machte man an verschiedenen Orten in der Schweiz. Dass wir nämlich unglaublich kleinräumig sind und deshalb unsere Strukturen hinterfragen müssen. Sind diese noch genügend, um die Probleme des 21. Jahrhunderts effizient zu lösen und sich zu behaupten? Der Kanton Glarus – ein Kanton mit hohem Traditionsbewusstsein – hat eine revolutionäre Gemeindereform hinter sich. Dort gibt es jetzt nur gerade noch drei Gemeinden.

## Die Steuergruppe empfiehlt die Fusion. Wohin führt der Weg dieser Empfehlung?

Bis zu den Sommerferien wird sich der Gemeinderat entscheiden. Er muss zum Bericht Stellung nehmen und entscheiden, ob er die Empfehlung übernehmen will oder nicht. Dabei wird er die Empfehlung auch am Status quo messen. Er wird sich also fragen, ob alles bleiben soll, wie es ist, oder ob eine Veränderung durch eine Fusion besser ist. Der Gemeinderat wird also eine Empfehlung abgeben zuhanden des Einwohnerrates im September. Kann auch das Parlament die Empfehlung für eine Fusion mittragen, dann wird das Stimmvolk im November an der Urne über diese Empfehlung entscheiden können. Die Stimmberechtigten werden somit darüber entscheiden, ob der Prozess weitergeführt wird. Es ist noch keine Abstimmung über den effektiven Vollzug einer Fusion.

### Wie wird die Abstimmungsfrage lauten?

Die Bevölkerung wird über einen Zweckartikel abstimmen, der in der Gemeindeordnung verankert werden soll. Dieser Artikel würde die Gemeinde ermächtigen, das Projekt Fusion oder gegebenenfalls die verstärkte Kooperation weiterzuverfolgen. Wichtig ist es zu betonen, dass auf jeden Fall im November noch nicht über eine Fusion abgestimmt wird, sondern über den Eintritt in die nächste Projektphase.

# Wie wollen Sie die Herzen der Bevölkerung für eine Fusion gewinnen?

Die Fakten und Argumente sind mit den getroffenen Abklärungen so weit gegeben. Es ist ja nicht so, dass wir hier in Emmen paradiesische Zustände haben. Darüber hinaus muss die Bevölkerung davon überzeugt werden, dass es sich lohnt, den Prozess weiterzuverfolgen. Ängste und Vorbehalte müssen abgebaut, Fragen müssen beantwortet werden. Das ist Knochenarbeit. Es gibt nichts anderes als immer wieder informieren, diskutieren, aufklären, mit den Leuten sprechen, offen und ehrlich. In einem solchen Prozess braucht es ein Grundvertrauen zu den Behörden.

Interview: walter.bucher@emmen.ch

# Die Fraktionen zum Schlussbericht





Hanspeter Herger, SP-Fraktion

Die SP Emmen fühlt sich durch die Abklärungen bestärkt, dass ein Zusammenrücken der fünf Gemeinden weiterverfolgt werden muss. Das Grundanliegen, einen Vergleich zwischen verstärkter Kooperation und Fusion zu erhalten, wurde erfüllt. Das Ergebnis, dass insbesondere eine Fusion zur Stärkung der Stadtregion Luzern beiträgt, ist für mich nachvollziehbar. Der Entscheid über weitere Abklärungen muss äber auf jeden Fall dem Volk überlassen werden. Ich erachte den starken Einbezug der Bevölkerung, die sachliche Information und die demokratische Mitbestimmung der Stimmberechtigten in dieser zentralen Frage als essenziell. Für die SP sind Fragestellungen zu sozialen und ökologischen Themen genauso wichtig wie zu Siedlung, Verkehr und Wirtschaft. Es soll insbesondere die Thematik der weichen Faktoren, wie sie in der Abklärungsphase bereits aufgenommen wurde, weiterverfolgt werden. Auf emotionale Themen, u.a. der lokalen Identität und Kultur, muss eingegangen werden, damit sich die Bevölkerung ein möglichst konkretes Bild machen kann. Im Namen aller SP-Sektionen der Stadtregion kann ich heute klar sagen: Die Arbeit am Fusionsszenario muss weitergehen, eine verstärkte Kooperation ist nicht zweckdienlich und führt nicht zu einer Starken Stadtregion Luzern.





Reto Bieri, Fraktionschef SVP

Es liegt jetzt ein Argumentarium vor, das uns aufzeigen soll, was gut ist und was schlecht. Insgesamt aber bringt der Bericht nichts Neues, und ich vermute, alles ist gesteuert auf das Ziel der Empfehlung. Regierungsrätin Yvonne Schärli sagte ja, der Kanton verfolge das Thema Fusion seit 15 Jahren «beharrlich». Die Empfehlung war also voraussehbar. Sie überrascht uns nicht. Unser Gemeindepräsident Thomas

Willi hat schon immer eine Fusion angestrebt, der Bericht gibt ihm jetzt Support. Nur schade, dass in der Steuergruppe (die Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten der Agglomerationsgemeinden) die SVP nicht vertreten war, sonst hätten wir schon in diesem Gremium die Finger auf die wunden Punkte legen können. Das Argumentarium pro Fusion überzeugt mich nicht. Die Finanzierung der Fusion zum Beispiel. Die 80 Millionen Franken des Kantons, die bereitstehen sollen, sind nicht gesichert. Ich habe eben von Regierungsrätin Schärli gehört, dass es zu diesem Kredit zuerst eine Vernehmlassung geben soll. Der Betrag also ist noch nicht gesprochen. Für mich ist das der erste und wichtigste Punkt im Prozess. Weiter soll die Fusion zwischen 4,7 und 26 Millionen Franken kosten. Das ist einfach sehr, sehr viel Geld. Auch das Zückerchen Steuersenkung kostet sehr viel Geld und ich weiss nicht, ob das Szenario tatsächlich aufgehen wird. Ausserdem hat man den weichen Faktoren zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Schliesslich spricht Stadtpräsident Studer von minimal einer Gemeinde, die mindestens mitmachen soll. Vor ein paar Jahren noch tönte es ganz anders: Auch wenn nur eine Gemeinde aussteigt, dann lohnt sich der Prozess nicht. Das sind also noch die letzten Pfeiler, an denen man sich festhält, sonst wäre das Projekt schon jetzt gestorben.





Christian Blunschi, Fraktionschef CVP

Ich habe den Eindruck, es wurde sehr seriös gearbeitet. Man hat sich schon vertieft mit Vor- und Nachteilen der Szenarien auseinandergesetzt. Für mich ist der Bericht eine gute Grundlage für den weiteren Meinungsbildungsprozess. Der Verzicht auf das Szenario «Verstärkte Kooperation» leuchtet ein. Das war für uns schon in früheren Diskussionen sichtbar. Dieses Szenario ist undemokratisch, kompliziert, bürokratisch - ich sehe nur Nachteile. Es bleiben jetzt noch zwei Varianten: Status quo oder Fusion. Darüber müssen wir jetzt auch in der CVP intensiv diskutieren. Wir haben uns schon im Vorfeld in einer Klausur mit der Starken Stadtregion auseinandergesetzt. Wir kamen damals auf viele ähnliche Schlüsse, wie sie nun der Schlussbericht festhält. Doch wir wollen auch das Szenario «Status quo» näher betrachten, welches im Bericht nicht ausgeführt wird. Der Prozess ist für uns nach wie vor ergebnisoffen. Deshalb können wir von der CVP zurzeit nur sagen, dass das Szenario verstärkte Kooperation nicht in Frage kommt. Noch ungelöst ist für mich das Abstimmungsprozedere für die Volksabstimmung im November. Soll man tatsächlich beide Szenarien vors Volk bringen, obwohl man ja weiss, dass die verstärkte Kooperation nicht in Frage kommt? Das sollte man noch etwas genauer anschauen.



FDP
Die Liberalen

Ruth Heimo-Diem, Fraktionschefin FDP

Jetzt haben wir eine Auslegeordnung. Mit diesem Bericht gibt es neue Antworten, aber noch viele offene Fragen bleiben. Es überrascht mich nicht, dass die Fusion jetzt weiterverfolgt, das Szenario der verstärkten Kooperation aber fallen gelassen werden soll. Gut finde ich, dass der Militärflugplatz Emmen für zivile Nutzung nicht antastbar ist, dies aber auch bleiben muss. Wir müssen sehr darauf achten, dass wir für Emmen wirklich einen Mehrwert bekommen. Eine Fusion muss sich für uns Emmerinnen und Emmer lohnen, sonst wird es schwierig. Ist der versprochene tiefere Steuersatz überhaupt machbar? Da werden wir sehr genau hinschauen, der Kantonsbeitrag ist immer noch offen.

Wir unterstützten die Abklärungen. Jetzt beginnt für uns die Detailarbeit in der Kommission und der Fraktion. Der Meinungsbildungsprozess wird in unserer Partei nicht einfach sein, weil wir sehr divergierende Meinungen haben zu diesem Thema. Wir können nicht jetzt schon eine klare Position beziehen, wie das für andere Parteien zu diesem Zeitpunkt schon möglich ist. Ich persönlich hoffe aber, dass es auch in unserer Partei in Richtung Fusion geht.

Mit den Fraktionen sprach Walter Bucher